



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/5

6. Januar 1950

Berlin, Ost-West-Politik und internationale Fragen

Das Kommuniquée über die Vorstandssitzung der SPD in Berlin am
5. und 6. Januar 1950

In seiner ersten Tagung in Berlin seit über zwei Jahren befasste sich der Vorstand der SPD mit der Lage Berlins und den Problemen, die sich aus der Aufteilung Deutschlands und dem Verhältnis der deutschen Bundesrepublik zum Ostzonenstaat ergeben.

Zunächst berichtete der Oberbürgermeister Professor Ernst Reuter ausführlich über die Lage Berlins. Das grosse Ziel sei es stets gewesen, Berlin nicht nur zu halten, sondern ökonomisch so zu entwickeln, dass es zu einer ausreichenden eigenen Wirtschaftsleitung befähigt werden könnte, unabhängig davon, dass für absehbare Zeit ein gewisser Zuschuss immer noch notwendig sein werde. Reuter kündigte an, dass in der nächsten Woche zwei Gesetze verabschiedet werden würden, und zwar die Befreiung des Berliner Exportes nach Westdeutschland von der Umsatzsteuer und die Schaffung eines Garantiefonds von 50 Millionen DM für das sogenannte politische Risiko, das für Lieferungen aus und nach Berlin entstehen könnte. Leider sei in der Frage der Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin bisher nichts erreicht worden, die angekündigte Entsendung eines Vertreters des Bundes nach Berlin im Laufe des Jahres 1950 sei eine unzureichende Massnahme.

Der Parteivorstand erhob die folgenden Forderungen:

1. Die praktische Behandlung Berlins als 12. Land des Bundes ist unbedingt notwendig, unabhängig davon, ob die formale Einbeziehung in den Bund zunächst möglich ist oder nicht.
2. Die Bundesregierung muss tatsächlich die notwendige finanzielle Hilfe zum Ausgleich des Berliner Etats zur Verfügung stellen.
3. Die Sozialdemokratie wünscht mit grossem Nachdruck, dass sobald wie möglich Bundesorgane und Bundesgerichte nach Berlin gelegt werden und nicht nur eine Vertretung der Bundesregierung.
4. Die SPD verlangt angestrengte Bemühungen, um den Berlinern zu helfen, ihr Wirtschaftsleben zum selbständigen Funktionieren zu bringen und durch eine Steigerung der wirtschaftlichen Produktion zu verbessern.
5. Die SPD fordert freie, also vollkommen unbeeinflusste Wahlen in ganz Berlin.

Die SPD wird durch ihre Bundestagsfraktion diese und eine Reihe weiterer Forderungen zum Gegenstand der parlamentarischen Arbeit in Bonn machen und mit allem Nachdruck eine Verwirklichung anstreben.

Aus der Darstellung des Oberbürgermeisters Reuter und dem sich anschließenden Meinungsaustausch ergab sich der Eindruck einer wesentlichen Stabilisierung der Verhältnisse in Berlin seit der Aufhebung der Blockade.

Über das Verhältnis der Deutschen Bundesrepublik zum Ostzonenstaat berichtete als Gast des Parteivorstandes der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, Hamburg. Als Ergebnis seines Berichtes und der sich anschließenden Erörterung wurde die einheitliche Auffassung festgestellt, dass die enge, ständige Verbindung mit Mittel- und Ostdeutschland die vorrangige Aufgabe des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen sein müsse und nicht Angelegenheiten, die am Rande dieses Kernproblems liegen oder mit ihm überhaupt nichts zu tun haben.

Leider konnte man sich im Parteivorstand nicht des Eindruckes erwehren, dass es in Westdeutschland Kreise gibt, die um den Preis von wirtschaftlichen Vereinbarungen mit sehr begrenztem und für die Allgemeinheit höchst fragwürdigem Wert bereit sind, die Bemühungen um eine einheitlich-freiheitliche Gestaltung des politischen Lebens in Gesamt-Deutschland zu vernachlässigen. Im Gegensatz dazu ist nach Auffassung des Vorstandes der SPD eine beherrschend wichtige Aufgabe, alle Möglichkeiten einer eigenen, planmässigen, offensiven Politik in Richtung auf die Schaffung eines einheitlich-freiheitlichen Deutschlands vorauszusetzen, weil dadurch auf die Entscheidungen der Grossmächte ein wesentlicher Einfluss mit ausgeübt werden könne.

Die Versammlung befasste sich dann mit der kürzlich erfolgten Veröffentlichung eines Artikels des Bremer Senatspräsidenten Kaisen. Der Vorstand lehnt die in diesem Artikel enthaltenen Auffassungen und die Form der Veröffentlichung ab. Diese Auffassungen stehen im Widerspruch zu der vom Parteivorstand beschlossenen Aussenpolitik, die der Parteivorstand erneut bestätigt.

Es wurde dann beschlossen, den Parteitag der SPD vom 21. bis 24. Mai in Hamburg abzuhalten. Die Tagesordnung wird auf der kommenden Parteivorstandssitzung festgelegt werden.

Über das Problem der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften berichtete Erich Ollenhauer, der sich besonders mit der Haltung beschäftigte, die von den Gewerkschaften zum Ruhrstatut und zum Eintritt der Bundesrepublik in die Ruhrbehörde eingenommen wurde. Die Stellungnahme der Gewerkschaften, die sich anfangs vollkommen mit der Kritik der SPD am Ruhrstatut deckte, ist durch die anlässlich des Petersberg-Abkommens abgegebenen Erklärungen in einer Weise modifiziert worden, die in der Öffentlichkeit den Eindruck einer Differenz zwischen SPD und Gewerkschaften entstehen liess. Ollenhauer berichtete über die in dieser Frage unternommenen Klärungsversuche, die ergeben haben, dass die Haltung der Gewerkschaften im Prinzip nicht von der der SPD in dieser Frage abweicht, dass aber die Gewerkschaften darauf bedacht sind, in der Ruhrbehörde beteiligt zu werden. Die personelle Frage eines Gewerkschaftsvertreters in der Ruhrbehörde muss von den Gewerkschaften selbst entschieden werden. Die SPD wird sich durch eine solche Ernennung politisch nicht gebunden erachten. Sie hält an ihrer Ansicht fest, dass die parlamentarische Ratifikation des Petersberg-Abkommens über den Eintritt in die Ruhrbehörde erforderlich sei.

Erich Ollenhauer gab weiter einen Bericht über die internationalen Gespräche der letzten Zeit, die Vertreter der SPD mit dem

Generalsekretär der britischen Labour Party, Morgan Phillips, dem britischen Staatssekretär Lord Henderson und anderen englischen und französischen Sozialisten hatten. Im Mittelpunkt dieser Gespräche stand die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Ruhrstatut und zum Europarat, insbesondere zur getrennten Aufnahme des Sargebietes in diesen Rat. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden. Die SPD kann sich nicht mit der Verantwortung für internationale Massnahmen belasten, die zum Teil von den Ereignissen schon überholt sind und die eine Vermischung von Sicherheits- und Konkurrenzmassnahmen darstellen. Die Gelegenheit dieser Unterhaltungen wurde von den Sprechern der SPD dazu benutzt, um erneut die Bereitschaft der Partei zur Mitarbeit an einer internationalen Sicherheitskontrolle in Deutschland und an der wirksamen Neugestaltung der europäischen Gesamtsituation zu betonen.

Zum Schluss berichtete Ollenhauer über die letzte Comisco-Tagung im Dezember in Paris und teilte mit, dass dort beschlossen worden sei, dass etwa 30 Comisco-Experten in der letzten Märzwoche im Ruhrgebiet zu einer Konferenz über Sozialisierungsfragen, Fragen der Schlüsselindustrien und der internationalen Kontrolle der Schwerindustrien aller Länder zusammentreten werden.

 Der Schuss ging nach hinten los

sp. Der Betrieb W.C. Heräus in Hanau, einer der grössten Metallbetriebe in Hessen, ist seit 1920 eine kommunistische Hochburg. Noch im September 1949 gelang es den Kommunisten, den zehnköpfigen Betriebsrat mit vier offiziellen und zwei als "parteilos" getarnten Kommunisten, gegenüber vier SPD-Mitgliedern, zu besetzen. So konnten sie auch den Betriebsratsvorsitzenden namens Martin stellen. Martin, gleichzeitig Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Hanau, benutzte seine Funktionen für Zwecke der KP. Noch im August 1949 arrangierte er eine Konferenz in Hanau, auf welcher der Vizepräsident der DWK, Georg Handtke, referierte.

Am 24.11.1949 veröffentlichten die Kommunisten unter der Überschrift "Opelmethoden bei Heräus" einen Schmähartikel sowohl gegen die Betriebsleitung als auch gegen die sozialdemokratischen Betriebsräte. Das hatte zur Folge, dass diese zurücktraten und auch die nachfolgenden Ersatzleute es ablehnten, in dem von den Kommunisten beherrschten Betriebsrat mitzuarbeiten. Dadurch war der Betriebsrat nicht mehr beschlussfähig, und es mussten Neuwahlen stattfinden. Diese fanden am 3. Januar statt.

Das Ergebnis: SPD 8 Mandate (bisher 4), KP 1 Mandat (4 + 2 "Parteilose"), Parteilos 1 Mandat.

Mit Mühe und Not wurde Martin als einziger KP-Mann an neunter Stelle gewählt. Danach haben die Kommunisten mit ihrem Schmähartikel "Opelmethoden bei Heräus" nun doch recht behalten, wenn auch in einem anderen Sinne, als sie es gemeint haben. Sie sind, ebenso wie bei Opel-Rüsselsheim nun fast restlos ausgeschaltet worden. S.N.

Neue Deutschland-Politik des Kreml

Parole: "Einheit", nicht "Volksdemokratie"

sp. Wie der "Berliner Sozialdemokrat" erst heute aus zuverlässiger Quelle mitteilt, wurden in den Abendstunden des 30. Dezember die Mitglieder der Ostzonenregierung plötzlich zur sowjetischen Kontrollkommission nach Karlshorst beordert. Dort wurde ihnen eine neue Moskauer Direktive verlesen, wobei deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, dass sie dem Wunsch und Willen von Marschall Stalin entspräche. Aus dieser Direktive ergab sich eindeutig, dass dem Kreml gegenwärtig nichts an einer Einbeziehung der Sowjetzone Deutschlands in den Kreis der "Volksdemokratien" gelegen ist. Es wurde ausdrücklich betont, dass diesbezügliche Massnahmen und Pläne zurückzustellen seien. Die deutsche Einheit sei "im Interesse des Friedens" wichtiger als die Entwicklung eines abgeriegelten Oststaates.

Der Regierung und dem hinter ihr stehenden Politbüro der SED wurde es in der kommenden Periode zur Kampfaufgabe gemacht, mit "aufgeschlossenen Kreisen in Westdeutschland in Verbindung zu kommen und mit ihnen zusammenzuwirken". Als wichtigster Ansatzpunkt wurde Westberlin genannt. Es müsse "die verbrecherische Spaltungspolitik" der Westberliner Politiker angeprangert werden, um sie als die Verantwortlichen für die Spaltung Deutschlands erscheinen zu lassen. Über die im Westen Deutschlands zu schaffende verbreiterte Basis hinaus sollte es gelingen, auch auf die Entwicklung in Frankreich und Italien im Sinne einer dem "Monopolkapitalismus" entgegenwirkenden "Friedensbewegung" Einfluss zu nehmen.

Der diplomatische Vertreter der Sowjetregierung, Puschkin, war, so meldet der "Berliner Sozialdemokrat", noch vor wenigen Wochen mit ganz anderen Anweisungen in Berlin eingetroffen. Auch beim Besuch Wyschinskis spielte Puschkin noch die erste Geige. Botschafter Semjonow war ganz in den Hintergrund getreten und Walter Ulbricht, der es mit dem, seiner Meinung nach mächtigeren Puschkin, nicht verderben wollte, liess Semjonow fast unbeachtet. Jetzt habe sich das Blatt gewendet. Semjonow und dessen Mitarbeiter Katin und Nasarow seien wieder zum Zuge gekommen, während Puschkin ziemlich kleinlaut geworden ist.

In einer Stellungnahme schreibt der "Berliner Sozialdemokrat" dazu: "Man braucht kein Hellseher zu sein, um die Gründe erkennen

zu können, die die neuen Überlegungen im Kreaml verursacht haben. Auf der deutschen Ebene haben die Sowjets seit geraumer Zeit die Initiative verloren. Eindeutig waren die Dinge zu ihren Ungunsten entschieden, als sie sich zur Aufhebung der Blockade Berlins bequemen mussten. Im Anschluss daran kam es zur Bildung der Bundesrepublik und ihrer aus freien Wahlen hervorgegangenen Organe. Auf der anderen Seite häuften sich die Schwierigkeiten in der Ostzone. Anziehend und objektiv zersetzend wirkte der wirtschaftliche Aufschwung im Westen und die Existenz der Berliner Freiheitsinsel, ausschliesslich zersetzend aber kam jene Unfähigkeit und jene Korruption hinzu, die nun einmal Früchte eines totalitären Regimes sind und bei Quisling-Regimen besonders unschöne Blüten hervorbringen".

Angesichts der sowjetischen Misserfolge in ganz Europa sei, so schreibt das Blatt weiter, Moskau bestrebt, die in China für den Kommunismus entstandenen günstigen Verhältnisse zu stabilisieren. Deshalb sei Moskau jetzt offenbar an einem Waffenstillstand im kalten Krieg in Europa interessiert. Dieser aber sei ohne eine Überprüfung der Deutschlandpolitik kaum zu erreichen.

Fragen an Bischof Dibelius und Probst Grüber

sp. Bischof Dibelius, Landesbischof von Berlin und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirchen Deutschlands, und Probst Grüber, ein anerkannter Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, haben von ihren Weihnachtspredigten in ostzonalen Konzentrationslagern Schilderungen gegeben, die in Berlin und in der Westpresse auf heftigen Widerstand gestossen sind. In den Erwiderungen ist gegen die beiden hohen Geistlichen der Vorwurf erhoben worden, sie hätten ihnen vorgesetzte Potemkinsche Dörfer als wahr hingenommen und ihre kirchliche Autorität eingesetzt, um den Konzentrationslagern der Ostzone jeden diskriminierenden Beigeschmack zu nehmen. Eine logische Ergänzung dieser Schilderungen der beiden hohen Geistlichen würde bedeuten, dass jeder Kampf gegen das Bestehen der Konzentrationslager und jede Anprangerung der dort verübten Unmenschlichkeiten böswillige Verleumdung wäre. In diesem Sinne werden auch die Ausführungen der beiden Geistlichen von der Ostpresse ausgeschlachtet.

Damit nicht genug, haben der Bischof und der Probst nun in einem Interview im "Neuen Deutschland" nochmals die Behauptung aufgestellt,

die Konzentrationslager der Ostzone seien in vieler Hinsicht menschlicher und in sanitärer Beziehung besser als die Flüchtlingslager

der Westzonen. Den beiden Kirchenfürsten ist dabei entgangen, dass sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche in West-

deutschland selbst eine Reihe von Flüchtlingslagern entweder direkt unterhalten, oder an der Erhaltung beteiligt sind, oder durch Er-

richtung von Aussenstellen der Caritas und der Inneren Mission in den Lagern massgeblich auf die Lagerverhältnisse Einfluss nehmen.

Wir überlassen es den westlichen Kirchenbehörden, sich von dem Vorwurf zu befreien, der in dem Vergleich mit den ostzonalen Konzentra-

tionslagern liegt. Wir ersparen es uns auch, unter diesem Gesichtspunkt etwas über die westlichen Flüchtlingslager zu sagen; die Ver-

hältnisse sind mit allen im Materiellen wurzelnden Misständen so allgemein bekannt, dass es darüber kein Wort zu verlieren gibt. Dass

trotzdem täglich Hunderte von Menschen aus der Ostzone flüchten, um nicht in die Konzentrationslager zu kommen, und dass dieselben Men-

schen froh sind, wenn sie in ein westdeutsches Flüchtlingslager aufgenommen werden, spricht Bände.

Aber unabhängig davon, gestatten wir uns, den beiden geistlichen Würdenträgern folgende Fragen vorzulegen:

1. Kommt es vor, dass in der Ostzone Menschen freiwillig die Kz aufsuchen?
2. Kann man die Kz verlassen, wann man will und ist die Dauer des Aufenthaltes darin befristet?
3. Können die Kz-Insassen mit der Aussenwelt frei verkehren? Wissen die Angehörigen der Kz-Insassen von diesem Verbleib und können sie mit jedem Kz-Insassen brieflich oder persönlich verkehren?
4. Welchem Zweck dienen die Mg-Türme, die elektrisch geladenen Zäune, das bewaffnete Aufsichtspersonal und die Bluthunde der Kz?
5. Ist Ihnen, Herr Bischof und Herr Probst, der Zutritt zu diesen Kz zu jeder Tages- und Nachtzeit und ohne besondere Erlaubnis möglich?
6. Halten Sie die Insassen der Ostzonen-Kz für Verbrecher? Glauben Sie, dass die Kz-Insassen in ordentlichen Gerichtsverfahren abgeurteilt wurden?
7. Welcher Zusammenhang besteht zwischen Ihren Erklärungen über die ostzonalen Kz und der Niemöllerschen Alternative: Lieber deutsche Einheit unter sowjetischer Diktatur als ein zerrissenes Deutschland?

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt